

VR-04 Demokratie schützen – Desinformation entschlossen bekämpfen! (V-55, V-93 geeint)

Gremium: BAG Digitales & Medien und BAG Demokratie & Recht und Boris Mijatovic
u.a.
Beschlussdatum: 17.10.2024
Tagesordnungspunkt: VR Im V-Ranking priorisierte Anträge

Antragstext

1 Unsere Demokratie ist stark und wehrhaft. Sie wird durch eine lebendige und
2 vielfältige Zivilgesellschaft getragen, die sich jeden Tag für demokratische
3 Werte und das Gemeinwohl einsetzt. Dennoch wird unsere freiheitliche
4 Gesellschaft und unsere Art zu leben derzeit massiv bedroht - von innen wie
5 außen. Wir sehen uns mit anhaltenden, ernstzunehmenden sicherheitspolitischen
6 Risiken konfrontiert, die unsere digitale und analoge Welt gleichermaßen
7 betreffen.

8 In Zeiten hybrider Kriegsführung erleben wir, wie Informationsmanipulationen
9 gezielt eingesetzt werden, um gesellschaftliche Konflikte zu befeuert,
10 Unsicherheit zu schüren und die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Diese
11 systematischen Angriffe auf die Hard- und Software unserer liberalen Demokratie
12 müssen wir ernst nehmen und verteidigen. Autoritäre Staaten agieren gezielt auch
13 im digitalen Raum, um politische Debatten zu beeinflussen und unsere
14 demokratische Gesellschaft zu destabilisieren. Dagegen müssen wir die
15 Gesellschaft stark und resilient aufstellen.

16 Die Auswirkungen dieser Desinformationskampagnen sind weitreichend: Sie
17 vergiften öffentliche Diskurse, untergraben Das Vertrauen in staatliche
18 Institutionen oder in die Medien. Menschen werden zum Ziel von Einschüchterung
19 und Diskreditierung. So beeinflussen sie demokratische Willensbildungsprozesse
20 bis hin zu Wahlen.

21 Diese Herausforderungen werden durch verschiedene Faktoren verschärft. Das
22 Erstarken populistischer und rechtsextremer Kräfte in Deutschland und weltweit
23 führt dazu, dass demokratiefeindliche Erzählungen noch stärker verbreitet
24 werden. Autoritäre Staaten, wie Russland und China, nutzen Desinformation
25 gezielt, um westliche Gesellschaften zu destabilisieren. Ihre Narrative werden
26 auch von AfD und BSW massenhaft weiterverbreitet.

27 Die Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit verschwimmen zunehmend. Der
28 völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat die
29 Bedrohungslage noch einmal deutlich verschärft. Intensiviert
30 Desinformationskampagnen werden längst begleitet durch gezielte IT-Angriffe auf
31 staatliche und private Einrichtungen sowie auf kritische Infrastrukturen, den
32 Lebensadern unserer Gesellschaft.

33 Desinformation ist kein neues Phänomen. Neu sind die rasante Ausbreitung und der
34 große Einfluss auf die politische Meinungsbildung auf der ganzen Welt. Dafür
35 verantwortlich sind insbesondere die Anreiz- und Vergütungssysteme von Social-
36 Media-Plattformen, die dazu führen, dass Falschinformationen schneller
37 verbreitet werden als fundierte Informationen, und Bedrohungsakteure, die diese
38 Mechanismen gezielt ausnutzen. Denn das Problem ist nicht die Existenz einzelner

39 Accounts, die Falschinformationen verbreiten, sondern deren künstliche
40 Verstärkung durch die Systeme der Plattformen. Dies untergräbt den
41 demokratischen Diskurs, da Bürger*innen von solchen Inhalten überschwemmt
42 werden. Mechanismen, die z.B. Inhalte belohnen, die Angst und Wut erzeugen,
43 müssen kritisch hinterfragt werden. Auch das Belohnen von Accounts, die mit
44 hoher Frequenz posten, ist problematisch. Bürger*innen müssen selbst entscheiden
45 können, was in ihren Timelines erscheint. Dazu kommt die Funktionsweise von
46 Online-Werbung, die dazu führt, dass Desinformation eine höchst lukrative
47 Einkommensquelle für Betreiber undurchsichtiger Webseiten ist.

48 Der demokratische Inselstaat Taiwan erlebt seit Jahren heftige
49 Desinformationskampagnen aus der Volksrepublik China. Die gescheiterten
50 Beeinflussungsversuche aus Peking bei den jüngsten Wahlen zeigen die
51 Widerstandsfähigkeit einer Gesellschaft, die mithilfe staatlicher und ziviler
52 Initiativen einen hohen Aufklärungsgrad gegen systematische
53 Informationsmanipulation erreicht hat und den Schutz vor
54 Desinformationsangriffen beispielgebend vorantreiben konnte.

55 Die auf deutscher und europäischer Ebene ergriffenen Maßnahmen, haben der
56 zunehmenden Verbreitung von Hass, Hetze und Manipulation bisher nicht
57 ausreichend Einhalt gebieten können. Der Digital Services Act (DSA) ist ein
58 entscheidender Schritt hin zu mehr Transparenz und rechtsstaatlichen
59 Regulierung. Er muss entschlossen in nationales Recht umgesetzt und die ihn
60 durchsetzenden Aufsichtsbehörden gestärkt werden.

61 Im Spannungsfeld zwischen Eigenverantwortung und staatlichem Schutz brauchen wir
62 (1) eine wachsame Zivilgesellschaft und Medien, die kritisch hinterfragen und
63 die Meinungsvielfalt einer vielseitigen Gesellschaft als Stärke verstehen, (2)
64 eine konsequente Fortsetzung der rechtsstaatlichen Regulierung der großen
65 Plattformen und künstlich generierter Inhalte, (3) den staatlichen Schutz vor
66 digitalen Angriffen aus dem In- und Ausland – in Deutschland und Europa, (4)
67 kritische Bürger*innen, die sich der Manipulierbarkeit von Informationen und der
68 Gefahr von Desinformation bewusst sind, und (5) einen verbesserten Schutz von
69 Betroffenen.

70 **Ein ganzer Werkzeugkasten gegen Desinformation** 71 **und für demokratische Teilhabe**

72 Die Bekämpfung von Desinformation erfordert ein ganzheitliches Vorgehen, das
73 Aspekte der inneren und äußeren Sicherheit verbindet. Unser Ziel ist es, die
74 Resilienz unserer Gesellschaft zu stärken und die Wehrhaftigkeit unserer
75 Demokratie zu erhöhen. Hierfür sind gut informierte Bürger*innen essentiell, die
76 Informationen kritisch bewerten. Außerdem müssen unabhängige Medien gestärkt und
77 ein Mindestmaß an Transparenz und Chancengleichheit auf sozialen Plattformen
78 sichergestellt sein. Dafür gehen wir den eingeschlagenen Weg der
79 rechtsstaatlichen Regulierung von Plattformen konsequent weiter.

80 Die Versäumnisse sind groß. Die vor gut zwei Jahren bereits ausgerufenen
81 "Zeitenwende" muss auch mit Blick auf hybride Bedrohungen wie Desinformation
82 endlich politisch entschlossen umgesetzt werden. Uns steht ein Bündel an
83 Maßnahmen zur Verfügung, die jetzt ergriffen werden müssen. Unser Ansatz umfasst
84 einen Werkzeugkasten von Maßnahmen aus den Bereichen Innere Sicherheit, Außen-

85 und Verteidigungspolitik sowie Bildung, Zivilgesellschaft und Forschung. Nur
86 durch das Zusammenspiel dieser Bereiche können wir den komplexen
87 Herausforderungen, die durch Desinformation entstehen, effektiv begegnen.

88 1. Maßnahmen der Innen- und Sicherheitspolitik

89 Bundesweite Strategie gegen Desinformation schaffen: Desinformation ist keine
90 kurzfristige Herausforderung, sondern ein Problem auf Dauer. Um
91 Desinformationskampagnen langfristig einzudämmen, brauchen wir eine bundesweite
92 Strategie gegen Desinformation, die die Bundesregierung seit langem versprochen
93 hat und deren Vorlage wir umgehend fordern. Die Strategie muss aufzeigen, mit
94 welchen Maßnahmen, Werkzeugen, Mitteln und Strukturen Desinformation dauerhaft
95 bekämpft werden soll. Bestandteil muss u.a. eine breit angelegte und andauernde
96 Aufklärungskampagne, wie bei unseren skandinavischen und baltischen Nachbarn,
97 sein, um Bürger*innen über drohende Gefahren aufzuklären.

98 Zentrale Koordinierungsstelle ausbauen: Wir setzen uns für den umfassenden
99 Aufbau einer zentralen Stelle zur frühzeitigen Erkennung, Koordinierung und
100 schnellen Bekämpfung von Desinformation aus dem In- und Ausland ein. Die
101 Zentrale Koordinierungsstelle soll dabei bestehende Kapazitäten in verschiedenen
102 Ressorts bündeln, Fähigkeiten erweitern, sowie Gegenmaßnahmen empfehlen und in
103 Kooperation durchführen.

104 DSA national umsetzen: Den Weg der rechtsstaatlichen Regulierung wollen wir
105 konsequent fortsetzen, den europäischen Digital Services Act (DSA) entschlossen
106 in nationales Recht umsetzen, die Aufsichtsbehörden auf Landes- und Bundesebene
107 stärken und Betroffenen mehr Hilfe zuteilwerden lassen. Die Bundesnetzagentur
108 werden wir entsprechend ausstatten und ihr auch die notwendigen Mittel zur
109 Vergabe unabhängiger Forschungsaufträge an die Hand geben. Auch brauchen wir ein
110 Digitales Gewaltschutzgesetz, das wirksame Instrumente wie Accountsperrn
111 gesetzlich verankert.

112 Rechtsdurchsetzung und handlungsfähige Strafverfolgung: Falschnachrichten,
113 Informationsmanipulation und Desinformation sind nicht per se strafrechtlich
114 relevant. Dort wo die Schwelle zur Strafbarkeit aber klar überschritten ist,
115 z.B. bei Leaking und Doxxing, muss der Rechtsstaat konsequent einschreiten.
116 Hierfür stärken wir die Strafverfolgungsbehörden bei der digitalen Ermittlung
117 und massenhaften Bearbeitung von Vorfällen – auch mit Hilfe automatisierter
118 Lösungen, sofern diese klaren rechtsstaatlichen und datenschutzkonformen
119 Standards genügen. Schwerpunktstaatsanwaltschaften sind ein erfolgreiches
120 Modell, das wir mit ausreichend Ressourcen und Ausbildung stärken wollen.

121 Nachrichtendienste einbinden: Die Nachrichtendienste von Bund und Ländern
122 spielen eine wichtige Rolle bei der Rückverfolgung von massenhafter
123 Desinformation, insbesondere wenn die Urheber staatliche oder staatsnahe Akteure
124 sind. Umso schmerzlicher sind die Versäumnisse der letzten drei Jahrzehnte bei
125 der Spionage- und Sabotageabwehr, ohne die eine effektive
126 Desinformationsbekämpfung nicht auskommt. Daher möchten wir die
127 Nachrichtendienste bei ihrer Arbeit gegen Desinformation stärken.

128 Schutzangebote auf kommunaler Ebene: Wir müssen Schutzangebote für unsere
129 liberale Demokratie besonders auch auf kommunaler Ebene machen. Gerade in den
130 Städten und Gemeinden treffen Desinformation und Angriffe auf Infrastruktur

131 direkt auf die Menschen. Hier braucht es mehr Instrumente, die Kreisverwaltungen
132 und städtische Unternehmen zur Abwehr dieser Kampagnen wappnen. Vorbild können
133 hier Initiativen aus Taiwan zur zivilen Verteidigung sein.

134 Kooperation von Zivilgesellschaft, Forschung und Sicherheitsbehörden: Wir wollen
135 die wertvolle Expertise von NGOs und Wissenschaftler*innen nutzen und eine enge
136 Zusammenarbeit zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen, der Wissenschaft
137 und Sicherheitsbehörden fördern. Diese freiwillige Kooperation basiert auf einem
138 strukturierten Wissensaustausch, praxisorientierten Schulungen und einer
139 koordinierten Öffentlichkeitsarbeit. Dabei bleiben die Unabhängigkeit, die
140 verschiedenen Perspektiven sowie die spezifischen Kompetenzen aller beteiligten
141 Akteure gewahrt, um einen ganzheitlichen Ansatz zur Bekämpfung von
142 Desinformation zu entwickeln.

143 Erweiterter Werkzeugkasten: Wir unterstützen die Entwicklung einer umfassenden
144 Toolbox zur Bekämpfung von Desinformation, angelehnt an den Europäischen
145 Auswärtigen Dienstes. Diese soll Instrumente wie öffentliche Missbilligung,
146 Prebunking und Debunking, Sanktionen, strafrechtliche Verfolgung,
147 nachrichtendienstliche Beobachtung sowie technische Maßnahmen wie das Abschalten
148 von Webseiten, Accounts oder Servern umfassen.

149 2. Maßnahmen zur europäischen und internationalen 150 Kooperation

151 EU-Monitoring und europäische Kooperation stärken: Die Monitoring-Einheiten der
152 EU, insbesondere des Europäischen Auswärtigen Dienstes, müssen personell und
153 finanziell ausreichend ausgestattet werden, um Desinformationskampagnen effektiv
154 zu überwachen und zu bekämpfen. Im Zusammenschluss mit den europäischen
155 Institutionen und nationalen Organisationen unserer Partner in der EU und NATO
156 ermöglichen wir den aktiven Austausch von Informationen zu
157 Informationsmanipulation und Desinformationskampagnen, fördern die
158 Zusammenarbeit und den europäischen und internationalen Fähigkeitsaufbau.

159 Europäisches Demokratieschild umfassend ausgestalten: Das von der Europäischen
160 Kommission geplante „European Democracy Shield“ darf sich nicht nur auf
161 Einflusskampagnen aus dem EU-Ausland fokussieren. Auch relevante Akteure
162 innerhalb der EU müssen in den Blick genommen werden – gerade auch, weil eine
163 scharfe Trennung häufig nicht möglich ist. Zudem müssen die Mechanismen der
164 Plattformen, wie Targeting und Amplifizierung, umfassend berücksichtigt werden.

165 Stärkung der internationalen Zusammenarbeit: Die multilaterale Zusammenarbeit
166 wollen wir angesichts geopolitischer Bedrohungen und Einflussnahmen durch
167 autoritäre Staaten auch außerhalb von EU und NATO beim Kampf gegen
168 Desinformation stärken. Deutschland muss seine Rolle in der G7 weiter ausbauen,
169 um globale Normen zu fördern und zu verhindern, dass einzelne Staaten die
170 Schaffung solcher Normen blockieren. Außerdem müssen wir die Gefahren von
171 Desinformationskampagnen im Kontext von Wahlen oder politischen Krisen in
172 Drittstaaten wahrnehmen und die Hilfe zum Aufbau von Resilienz zum Teil von
173 Entwicklungshilfe machen.

174 3. Maßnahmen zur Umsetzung der Plattformregulierung

175 Desinformation als systemisches Risiko definieren: Desinformation muss im Sinne
176 des DSA als systemisches Risiko für den öffentlichen Diskurs und Wahlen
177 anerkannt werden. Deutschland muss die Europäische Kommission auffordern, DSA-
178 Ermittlungen bei allen großen Plattformen einzuleiten, um zu untersuchen, welche
179 Mechanismen der Plattformen zur überproportionalen Verbreitung von
180 Desinformation führen und diese Mechanismen unterbinden.

181 Algorithmische Verstärkung gezielt angehen: Die Verstärkung von Inhalten durch
182 Plattform-Algorithmen spielt eine zentrale Rolle bei der Verbreitung von
183 Desinformation. Wir wissen aus der Forschung, dass sogenannte „grenzwertige“
184 Inhalte, die sich an der Grenze zu Inhalten befinden, die illegal sind oder
185 Community-Standards verletzen, stärker verbreitet werden als andere Inhalte.
186 Desinformation fällt häufig in diese Kategorie. Die Europäische Kommission kann
187 auf Grundlage des DSA solche Algorithmen als Risiko für öffentlichen Diskurs und
188 Wahlen definieren und die Plattformen auffordern, Alternativen einzusetzen.
189 Dabei setzen wir auf Algorithmen, bei denen Bürger*innen selbst entscheiden, was
190 in ihren Timelines erscheint.

191 Einschränkung von Targeting konsequent durchsetzen: Targeting ist eines der
192 zentralen Instrumente, durch das Desinformation gezielt an dafür anfällige
193 Bevölkerungsgruppen ausgespielt werden kann. Dies führt zu einer viralen
194 Verbreitung, noch bevor Faktenchecks oder andere Maßnahmen greifen können. Wir
195 fordern, dass die im DSA bereits vorgesehenen Einschränkungen von Targeting
196 konsequent durchgesetzt werden – gerade mit Blick auf den Schutz von
197 Minderjährigen oder das Schließen von Schlupflöchern. Die Europäische Kommission
198 und die Bundesnetzagentur müssen im jeweiligen Zuständigkeitsbereich für
199 konsequente Durchsetzung sorgen. Maßgeschneiderte Botschaften dürfen nicht dazu
200 führen, dass bestimmte Gruppen unverhältnismäßig beeinflusst werden. Darüber
201 hinaus darf Online-Werbung nicht systematisch finanzielle Anreize bieten,
202 Desinformation im Internet zu veröffentlichen. Werbetreibende müssen Kontrolle
203 darüber haben, wo ihre Inhalte ausgespielt werden.

204 Wissenschaftlichen Zugang zu Plattformdaten gewährleisten: Um die Verbreitung
205 von Desinformation und deren Auswirkungen besser zu verstehen, muss der Zugang
206 zu Plattformdaten für Forschungszwecke gewährleistet werden. Der DSA sieht hier
207 klare Vorgaben vor, und wir fordern eine schnelle und umfassende Umsetzung
208 dieses Zugangs. Ein delegierter Rechtsakt muss klare Rahmenbedingungen für den
209 Zugang definieren und dafür sorgen, dass Wissenschaft alle Daten bekommt, die
210 für relevante Ergebnisse erforderlich sind.

211 Online-Werbung neu regulieren: Die EU-Kommission muss eine neue
212 Gesetzesinitiative an der Schnittstelle von DSA, Political Ads Regulation,
213 ePrivacy Regulation und Wettbewerbsrecht vorlegen, um die Nutzung
214 personenbezogener Daten in Datenprofilen großer Plattformen und Datenhändler für
215 Online-Werbung und das Ausspielen von Inhalten kohärent zu regulieren. Ziel ist
216 es, den Einsatz personenbezogener Daten für gezielte Werbung als Einfallstore
217 für Manipulation und Desinformation weiter einzuschränken. Auch monopolartige
218 Strukturen einzelner Anbieter, wie Google und Meta, müssen verstärkt in den
219 Fokus genommen werden.

220 4. Maßnahmen im Bereich digitale Bildung, Forschung und
221 Zivilgesellschaft

222 Demokratiefördergesetz jetzt: In der Zivilgesellschaft leisten engagierte
223 Menschen in unterschiedlichen Initiativen unschätzbar wertvolle Arbeit für
224 unsere Demokratie, die endlich auch verlässlich finanziert werden muss. Es ist
225 höchste Zeit, dass das Demokratiefördergesetz kommt. Wenn wir
226 verfassungsfeindliche Ideologien erfolgreich an der Wurzel bekämpfen wollen,
227 brauchen wir leistungsfähige zivilgesellschaftliche Organisationen, die diese
228 Arbeit auch in der Fläche leisten können.

229 Förderung der Medienkompetenz: Wir setzen uns für eine umfassende Stärkung der
230 digitalen Bildung ein. Dies beinhaltet die Entwicklung und Implementierung von
231 Lehrplänen an Schulen und Bildungseinrichtungen, die kritisches Denken,
232 Faktenprüfung und den verantwortungsvollen Umgang mit digitalen Medien in den
233 Vordergrund stellen. Darüber hinaus fördern wir Initiativen zur lebenslangen
234 digitalen Bildung, um alle Altersgruppen zu erreichen und für die Gefahren von
235 Desinformation zu sensibilisieren.

236 Unterstützung der Zivilgesellschaft: Wir fördern aktiv die Zusammenarbeit mit
237 zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich im Bereich der Bekämpfung von
238 Desinformation engagieren. Dies umfasst finanzielle Unterstützung für Projekte
239 zur Aufklärung über Desinformation, die Bereitstellung von Ressourcen für Fact-
240 Checking-Initiativen und die Förderung von Netzwerken zum Austausch bewährter
241 Praktiken. Zudem unterstützen wir Bewegungen, die sich für digitale Aufklärung
242 in ihren Gemeinschaften einsetzen. Als Vorbildmodell können wir von
243 Organisationen aus Taiwan zahlreiche wirksame Methoden lernen und auf die
244 Situation in Deutschland und Europa anpassen. Unser Ziel muss es sein, diese
245 zersetzenden autoritären Kräfte aufzudecken und den digitalen Raum weiter für
246 demokratische Diskurse zu nutzen. Mit der Verabschiedung der Strategie für die
247 internationale Digitalpolitik hat die Bundesregierung klargestellt, dass sie
248 sich den Herausforderungen bewusst ist und es Unterstützung für
249 zivilgesellschaftliche Organisationen zur Zusammenarbeit gegen Desinformationen
250 braucht.

251 Forschungsförderung: Die Forschung zur Wirkung von Desinformation und deren
252 Bekämpfung muss intensiviert werden. Wir setzen uns für eine verstärkte
253 Förderung entsprechender Forschungsprojekte ein, einschließlich
254 interdisziplinärer Studien, die Erkenntnisse aus Psychologie,
255 Kommunikationswissenschaften, Informatik und Politikwissenschaft zusammenführen.
256 Besonderes Augenmerk legen wir auf die Erforschung der langfristigen
257 gesellschaftlichen Auswirkungen von Desinformation und die Entwicklung von
258 Gegenstrategien.

259 Fortsetzung der Bürger*innenbeteiligung: Die Einbindung der Bürger*innen in den
260 Prozess der Bekämpfung von Desinformation muss fortgesetzt und intensiviert
261 werden. Wir fördern Bürgerdialoge, partizipative Workshops und Online-
262 Plattformen, die es der Bevölkerung ermöglichen, sich aktiv an der Entwicklung
263 von Strategien gegen Desinformation zu beteiligen, zu stärken. Durch diese
264 Einbindung stärken wir nicht nur das demokratische Bewusstsein, sondern nutzen
265 auch das kollektive Wissen und die Erfahrungen der Bürger*innen im Umgang mit
266 Falschinformationen.

267 KI-Kennzeichnung: Angesichts der rasanten Entwicklung im Bereich der künstlichen
268 Intelligenz (KI) setzen wir uns für eine verpflichtende Kennzeichnung von KI-
269 generierten Bildern und Videos ein. Die Kennzeichnungspflicht soll für alle
270 Plattformen und Medienkanäle gelten und durch robuste technische Lösungen, wie
271 digitale Wasserzeichen oder Metadaten, umgesetzt werden. Gleichzeitig fördern
272 wir die Entwicklung von KI-Erkennungstechnologien, um nicht gekennzeichnete
273 generierte Inhalte identifizieren zu können.

274 Journalismus-Förderung: Ein starker öffentlich-rechtlicher Rundfunk ist eine
275 unverzichtbare Säule einer Medienlandschaft, die sich Desinformation
276 entgegenstellt. Wir wollen ihn stärken und reformieren. Seine regional
277 verankerten, hochwertigen journalistischen Angebote sind wesentliche Grundlage
278 für die Meinungsbildung, die offene Debatte und die kulturelle Bereicherung in
279 einer demokratischen Gesellschaft. Unverzichtbarer Bestandteil einer resilienten
280 Gesellschaft, die Desinformation erkennt und widersteht, ist eine vielfältige
281 und qualitativ hochwertige freie Presse. Wir streben deshalb an, durch geeignete
282 Instrumente die Wettbewerbssituation für journalistische Angebote – besonders im
283 Netz – zu verbessern und praktikable Finanzierungsinstrumente zur Stärkung
284 journalistischer Inhalte, Entwicklung zukunftsfähiger Geschäftsmodelle und einer
285 flächendeckenden Versorgung mit journalistischen Angeboten zu entwickeln,
286 besonders in ländlichen Regionen. Als mögliche Ansätze dafür sehen wir die
287 Anerkennung der Gemeinnützigkeit für Non-Profit-Journalismus, eine Förderung der
288 digitalen Transformation der Presselandschaft und eine Förderung von
289 Journalist*innen durch Stiftungsmodelle fördern, ähnlich wie in den nordischen
290 Ländern.

Begründung

Desinformation und hybride Bedrohungen stellen eine ernsthafte Gefahr für unsere Demokratie dar. Es ist höchste Zeit zu handeln, um unsere offene Gesellschaft und unsere demokratischen Werte zu schützen. Die bisher ergriffenen Maßnahmen reichen bei weitem nicht aus, um den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts angemessen zu begegnen. Wir müssen unsere Anstrengungen in allen Bereichen intensivieren: von der Gesetzgebung über die Bildung bis hin zur internationalen Zusammenarbeit. Nur durch ein entschlossenes Vorgehen gegen Desinformation und die Stärkung unserer digitalen Resilienz können wir unsere Demokratie für kommende Generationen bewahren. Es liegt an uns allen, jetzt die notwendigen Schritte einzuleiten und gemeinsam für eine freie, aufgeklärte und widerstandsfähige Gesellschaft einzustehen.

Der Antrag ist eine geeinte Fassung von V-55 (BAG Digitales & Medien und BAG Demokratie & Recht) und V-93 (Boris Mijatovic (KV Kassel-Stadt)). Die Schreibgruppe zu V-55 bestand u.a. aus Alexandra Geese (MdEP, KV Bonn), Jörn Pohl (KV Kiel), Konstantin von Notz (MdB, KV Herzogtum-Lauenburg), Louis Jarvers (KV Berlin-Mitte), Madeleine Henfling (MdL, KV Ilm-Kreis), Peter Heilrath (KV München-Stadt, BAG Frieden und Internationales), Thilo Klawonn (KV Steglitz-Zehlendorf, BAG DemRecht), Thomas Schäfer (KV München-Stadt, BAG DigiMe) und Yvonne Plaul (KV Lübeck, BAG DemRecht).

weitere Antragsteller*innen

Daniel Eliasson (Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Veronika Moers (Kassel-Stadt); Markus Leick (Kassel-Stadt); Marianne Knipping (Kassel-Stadt); Felix Bach (Braunschweig); Olav Teichert (Kassel-Stadt); Johannes Demel (Kassel-Stadt); Marie-Louise Puls (Fulda); Viola von Cramon (Göttingen); Marei Zylka (Berlin-

Reinickendorf); Öztürk Kiran (Berlin-Pankow); Clemens Justus Joshua Sachs (Berlin-Reinickendorf); Miriam Laux (Stuttgart); Bettina Dolle (Berlin-Reinickendorf); Anja Hauke (Kassel-Stadt); Julian Bonenberger (Sankt Wendel); Nico Zöller (Miltenberg); Antonia Schwarz (Berlin-Kreisfrei); Santiago Rodriguez Salgado (Berlin-Treptow/Köpenick); sowie 35 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.